

# ÖBB-Umfärbung reißt Verspätung auf

So hurtig wie erhofft geht die Neubesetzung des ÖBB-Aufsichtsrats nicht. Die „Oberleitung“ will erst nach Entlastung gehen. Bis es so weit ist, wird der April ins Land ziehen – und Caterer Don die Fahrgäste bekochen.

Luise Ungerboeck

Wien – So schnell, wie von der neuen Regierung angestrebt, lässt sich der Wechsel bei Macht und Einfluss an der ÖBB-Spitze doch nicht bewerkstelligen. Der Februar sei für eine Neubestellung des Aufsichtsrats nicht einzuhalten, wurde am Mittwoch informell aus der Staatsbahn verlautbart. Ende März oder Anfang April erschienen für die dafür notwendige Hauptversammlung realistische

Der ursprünglich angepeilte Termin am 2. Februar sei jedenfalls nicht mehr zu halten, hieß es auch in Ministeriumskreisen. Die „Lichtmess“, in der der frühere ÖBB-Vorstandsdirektor Arnold Schiefer (er ist aktuell im Vorstand der Hypo-Abbaueinheit Heta Asset Resolution) als neuer ÖBB-Holding-Vorsitzender installiert werden soll, werde später abgehalten.

Die Verspätung hat freilich handfeste aktienrechtliche Gründe: Der scheidende Aufsichtsrat unter ÖBB-Präsidentin Brigitte Ederer sei nicht bereit, die Sessel ohne Entlastung zu räumen. Die Entlastung für das abgelaufene Geschäftsjahr – dabei billigen die Aktionäre in der Hauptversammlung die Arbeit des Aufsichtsrats und des Vorstands im vergange-



So nobel und lauschig wie im Speisewagen des Orientexpress sind die Plätze im Buffetwagen der ÖBB-Railjets nicht. Essen und Getränke, die Caterer Don „schnell und smart“ zu servieren verspricht, sollen aber „frisch und günstig“ sein.

nen Geschäftsjahr – kann der Eigentümer allerdings erst nach Vorlage und Beschluss der Bilanz durch den Vorstand erteilen. Der ÖBB-Konzernabschluss liegt aber noch nicht vor. Derzeit werden wohl die Zahlen diverser ÖBB-Gesellschaften zusammengetragen und Jahresabschluss erstellt, abgeschlossen sind diese Bilanzierungsarbeiten üblicherweise aber nicht vor März.

Also muss Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) namens der Regierung mit der Umfärbung der ÖBB von Rot auf Schwarz-Blau

noch warten, und die frühere Siemens-Vorstandsdirektorin und ehemalige SPÖ-Finanzstadträtin bleibt Vorsitzende des Aufsichtsrats der ÖBB-Holding. Gleiches gilt für die anderen Mitglieder, die als Ablöse Kandidaten gehandelt werden, allen voran Ex-Notenbankerin Gertrude Tumpel-Gugereit und Rechtsanwalt Leopold Specht, die beide der roten Reichshälfte zugeordnet werden.

Bis die neue „Oberleitung“ der ÖBB Fahrt aufnehmen kann, ist der neue Gastro-Anbieter für die Schnellzüge längst im Zug. Ab

April übernimmt Don, das Catering-Unternehmen von Josef Donhauser, die Bordverpflegung von Do-&-Co-Ableger Henry am Zug. Don ist die Nachfolgesellschaft des Henry-Vorgängers E-Express, die bis 2011 die ÖBB-Züge bewirtschaftete. Die beiden trennten sich damals im Unfrieden. Nun wird „Genuss auf Reisen“ versprochen mit regionaler Küche, qualitativ hochwertigem Kaffee und angemessenen Preisen. Wer sich eine kostenpflichtige Platzreservierung leistet, kann das Menü vorbestellen, alle Speisen werden

am Sitzplatz serviert. Angesichts der gastronomischen Vielfalt auf den Bahnhöfen wird man damit freilich nicht reich. Die ÖBB schießt Jahr für Jahr einen „niedrigen zweistelligen Millionenbetrag“ zu, wie ÖBB-Chef Andreas Mattha einräumte. Laut ÖBB-Insidern sind das je nach Auslastung zwölf bis 15 Millionen Euro – in etwa gleich hoch gibt Donhauser sein Jahresumsatzziel an. In die Ausstattung will er vier Millionen Euro investieren. Wie viele der rund 300 Henry-Angestellten bleiben werden, ist offen.

## Höchststrich gaben Konsumentenschützer gegen Amazon recht

Wien – Der Oberste Gerichtshof (OGH) kippte die Regelung, dass Amazon bei Zahlung auf Rechnung zusätzlich zu den Versandkosten eine Gebühr in Höhe von 1,50 Euro pro Lieferung verrechnen kann. „Verbraucher, die derartige Gebühren bezahlen mussten, können diese daher rückfordern“, erläuterte der Verein für Konsumentinformation (VKI).

„Es ist erfreulich, dass Amazon die zwingenden österreichischen Gesetze einhalten muss und dass damit auch für internationale Großunternehmen wie Amazon klare Schranken bei der Datennutzung gesetzt werden“, so VKI-Rechtschef Thomas Hirmke.

Laut OGH hat Amazon mit einigen Klauseln die Urheberrechte seiner Kunden verletzt. Rechtswidrig sind etwa die Verwendung von Nutzerdaten, zum Beispiel Kundenrezensionen auf der Amazon-Homepage, sowie die Einräumung einer ausschließlichen Lizenz für die weitere Verwendung der Inhalte für jegliche Zwecke (online wie offline).

Amazon muss nun seine Geschäftsbedingungen (auch) an das österreichische Recht anpassen. „Das ist die Folge jener unionsrechtlicher Regelungen, die Verbrauchern bei Bestellungen im Ausland die Anwendung der zwingenden Bestimmungen ihres ‚eigenen‘ Rechts garantieren“, erläuterte der OGH. Solange das Verbraucherschutzrecht in Europa nicht vereinheitlicht ist, müssten international tätige Unternehmen auf die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten Rücksicht nehmen. (APA)

## Windkraftbranche wehrt sich gegen Ausschreibungen

Künftige Finanzierung sollte auf Zuschläge zum Marktpreis abzielen – Zubau heuer schaumgebremst

Wien – Die Finanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien muss auf neue Beine gestellt werden. Das schreibt eine EU-Richtlinie vor. Theoretisch wäre zwar bis zum Jahr 2022 Zeit. Dann käme der von allen maßgeblichen politischen Parteien unterstützte Ausbau der Erneuerbaren aber wohl noch mehr ins Stocken als bisher schon. Die Windkraftbranche, die den Großteil der in Österreich produzierten erneuerbaren Energien stemmt, gibt schon einmal die Richtung vor.

Ausschreibungen, wie sie da und dort ventiliert und vor allem vonseiten der Industrie urgiert werden, stoßen jedenfalls auf wenig Gegenliebe. „Das hat sich nirgendwo in Europa bewährt“, sagte Stefan Moidl vom Interessenverband IG Windkraft in einer Pressekonferenz am Mittwoch. „Ausschreibungen führen zu Marktverwerfungen und Verzerrungen. Man sollte auf Bewährtes zurückgreifen.“ Das könnte ein Marktprämienmodell sein, bei dem auf jede zu Marktpreisen gehandelte Kilowattstunde ein Aufschlag gezahlt wird.

### Neue, niedrigere Tarife

Dann, so hofft Moidl, würden auch die Kosten der Förderstelle Oemag sinken. Noch wird nach dem alten System gefördert – mittels ministeriell festgesetzter und je nach Erzeugungsart und -kosten abgestufter Einspeisetarife. Erst kurz vor Weihnachten wurden die für 2018 geltenden Tarifsätze festgesetzt. Betreiber von geförderten Windkraftanlagen erhalten fortan 8,20 Cent je Kilowattstunde eingespeisten Stroms, 8,4 Prozent we-

niger als 2017 (8,95 Cent/kWh). „Einen so starken Abschlag von einem Jahr zum anderen hat es noch nie gegeben“, sagte Moidl.

Die Erwartungen an die neue Regierung seien trotz des Einspeisetarifschocks groß; dass erstmals Energie und Landwirtschaft in einem Nachhaltigkeitsministerium zusammengeführt werden, mache Sinn. Dass mit Josef Plank ein ausgewiesener Experte für erneuerbare Energien und strategische Energieplanung als Generalsekretär im Nachhaltigkeitsministerium tätig werde, mache Hoffnung. „Wir werden die Regierung aber an ih-

ren Taten messen“, sagte Moidl. Spätestens bei Vorlage der bis März versprochenen Klima- und Energiestrategie werde man sehen, in welche Richtung es geht.

2018 seit jedenfalls „ein Entscheidungsjahr“ für die erneuerbaren Energien, nicht nur in Österreich, in ganz Europa. Das hänge mit dem sogenannten Winterpaket der EU-Kommission zusammen, das unter der österreichischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr höchstwahrscheinlich beschlossen wird. Um die Klimaziele zu erreichen, sei aber ein weit stärkeres Bekenntnis

zum Ausbau der Energiegewinnung aus Wind, Sonne und Biomasse nötig, als bisher ablesbar ist, sagen Experten.

Was die Windenergie betrifft, ist der Ausbau in Österreich mit der im Vorjahr beschlossenen kleinen Ökostromnovelle wieder in die Gänge gekommen. 2017 wurden knapp 200 Megawatt (MW) Windkraftleistung dazugebaut (siehe Grafik). Insgesamt waren zum Jahresende 2844 MW installiert, der Löwenanteil davon in Niederösterreich. Heuer dürften mit den vorhandenen Fördermitteln weitere 200 MW realisiert werden. (stro)

Windkraftleistung in Österreich | Stand: Dezember 2017

